Dresden 1880.
[illegible]
Auflage 35000 Exempl.
[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.
[illegible]

Das Bankgeschäft
von
Koppel & Co.
befindet sich Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Carl Höpfner,
Landhaus-Strasse Nr. 4 und 5
empfiehlt seine
Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.
Täglich frische Austern. Grösstes Weinlager.

Residenz-Theater.
Der Rattenfänger von Hameln.

Nr. 344. | Witterung vom 8. Decbr.: Barometer nach Oskar Bölsch, Wallstraße 19 (Abds. 6 U.) 778 Mill., seit gestern 0 Mill. gefallen. Thermometer n. Réaum.: 1° W., niedr. Temp. 2° W., höchste Temp. 6° W. West-Wind. Dunstig. | Aussichten für den 9. Dezember: Dunstig, zeitweise aufklärend. | Donnerstag, 9. December.

Politisches.

Der Einsetzung eines besonderen Reichsschatzamtes (Vorstand: Unterstaatssekretär Scholz) ist es zuzuschreiben, daß die einzelnen Theile des künftigen Reichshaushaltes weit eher bekannt werden als bisher. Der wichtigste Theil des ganzen Reichshaushaltes, der Militäretat, von dessen Höhe die Budgets der Einzelstaaten und das ganze Steuerwesen im Reiche wie in den Ländern abhängen, war noch rückständig. Jetzt aber ist die Katze heraus aus dem Sack. Auf Sichgleichbleiben der Heeresforderungen hatte Niemand gerechnet, noch weniger sich auf eine Ermäßigung gespitzt. Aber die Erhöhungen, welche der Etat vorschlägt, verursachen doch ein heftiges Augenbrennen. An dauernden Ausgaben fordert für das Jahr 1881/82 das Reichsheer 20 Millionen mehr als das Vorjahr, nämlich unter Anderem Preußen für sich und die in preußische Verwaltung übernommenen Contingente 265,657,377 Mark, d. i. 14,572,449 Mark mehr; für Sachsen 21,402,028 Mark, Zuwachs 2,345,162 Mark. An einmaligen Ausgaben verlangt der Etat für Preußen ein Plus von 15,738,139 Mark, für Sachsen ein Plus von 2,772,644 Mark, im Ganzen beträgt das Extraordinarium 23,500,000 Mark, d. i. 4,7 Million weniger als im Vorjahre; es wird fast ausschließlich für Kasernenbauten verlangt. Die Mehrkosten für die Contingente Bayerns, Würtembergs und der beiden Mecklenburg lassen wir einstweilen unerwähnt. Es ist zuzugeben, daß die meisten der Mehrforderungen die Folge der vom letzten Reichstage beschlossenen Vermehrung des Reichsheeres um 26,000 Mann ist. Der nächste Reichstag wird sich auch kaum der Bewilligung jener Summen entziehen können. Aber die Frage dürfte wohl der Erörterung werth sein, ob die politische Lage nicht so weit friedlicher sich gestaltet hat, daß man von der Heeresvermehrung absehen, oder sie wenigstens vertagen kann? Der diplomatischen Kunst des Fürsten Bismarck ist es gelungen, den politischen Horizont mehr aufzuklären, als er sich seit Jahren zeigte. Speziell die Wolke, die ihn so lange drohend verdüsterte: ein französisch-russisches Bündniß zur Bedrohung Deutschlands, ist ganz zerflattert. So hoch man die Staatskunst des deutschen Kanzlers hierbei auch anschlagen mag, so wenig soll man sich verhehlen, daß sein Bemühen kaum auf dauernden Erfolg zählen dürfte, wenn ihn nicht hierbei das tiefe Friedensbedürfniß beider Nationen, der Deutschen wie der Franzosen, aufs Kräftigste unterstützt hätte. Dieses Friedensbedürfniß ist aber keine vorübergehende Erscheinung; es entspricht so sehr den wahren und eigensten Interessen beider Nationen, daß man weit eher auf seine Dauer, als sein Schwinden rechnen kann. Und je länger es anhält, um so kräftiger wird es; um so heilsamer, d. h. völkerentlastender sollte es aber auch werden. Doch giebt sich wohl Niemand der Einbildung hin, daß der Militäretat freiwillig auf die ihm einmal eingeräumten Rechte, also auf die Heeresvermehrung verzichten wird. Aber eine Lehre sollten sich unsere Volksvertreter, wenn sie, die im Frühjahre 1880 „A" sagten und die nun 1881 „B" sagen müssen, aus dieser Erfahrung entnehmen: es geht beim besten Willen nicht an, so weiter zu buchstabiren. Den besten Theil der Erträgnisse der neuen und höheren indirekten Steuern wendet man nicht zur Herabsetzung der direkten Steuern an, sondern ihn beschlagnahmt die Pickelhaube. Es muß nun endlich genug damit sein. Wäre das deutsche Heer nicht eine so volksthümliche Einrichtung, blickte das Vaterland nicht mit so freudigem Stolze auf seine Söhne, welche seine Ehre und Unabhängigkeit mit ihrem Leben zu vertheidigen jeden Augenblick bereit sind — man könnte mißmuthig werden über das immer schärfere Anziehen der Steuerschraube. Es fehlt uns zuletzt das Geld sowohl zu den wünschenswerthen, ja sogar zu den nothwendigen Staatsausgaben. Die herrlichen Schilling'schen Terrassengruppen eilen einem sicheren Verfalle entgegen, weil uns die geringen 30,000 Mark fehlen, sie in Bronce zu gießen; Preußen hat weder die Mittel, der Rechtspflege auch nur anständige Unterkunftsräume zu schaffen, noch die, der Landwirthschaft und der Industrie die immer unentbehrlicheren Witterungsdepeschen einzurichten, noch die Minimalpension würdiger emeritirter Lehrergreise auf den Hungerlohn von 300 Mark zu bringen — finden die Militärs nicht selbst, daß sich solche Zustände der Entsagung nicht für Kulturstaaten schicken? Im Militärwesen selbst sind auch durch umfänglichere Beurlaubungen, Herabsetzung der Friedenspräsenz, Einschränkungen im Commandantur- und Adjutantenwesen, namentlich aber in der vorzeitigen Pensionirung noch sehr diensttüchtiger Offiziere namhafte Ersparungen möglich.

Die Etatsberathung im preußischen Landtage hat eine Menge interessanter Einzelfragen aufgerührt. Dem westfälischen Matador des Centrums, dem Abgeordneten v. Schorlemer, sei dafür gedankt, daß er den freiwillig-gouvernementalen Preßunfug an den Pranger stellte. Es muß die Entrüstung aller anständigen Parteien erregen, wenn die Norddeutsche Allgemeine das Centrum eine „Partei Kullmann" taufen und ihr die Reblaus als Wappenthier geben darf. Ist dies eine Privatäußerung jenes Blattes, so hätte es nicht viel auf sich damit; das Schlimme und Rügenswerthe ist, daß sich das Blatt den Anschein giebt, als sei es bei solcher Polemik von höchster Stelle her autorisirt. Mit den Freihändlern Richter und Rickert sympathisiren wir in keiner Weise, aber die Herren als verkappte Republikaner zu befehden und zu thun, als glaubte man höchsten Ortes bei ihnen an antimonarchische Bestrebungen, das überschreitet in einem offiziösen Blatte das Erlaubte. Keine Partei, außer den Mameluken, ist dann vor ähnlichen Verunglimpfungen sicher. Hat doch bei diesem Niedergang des öffentlichen Anstandes ein anderes freiwillig-gouvernementales Blatt, die „Grenzboten", es für erlaubt gehalten, das Andenken des Königs Johann als eines halben Franzosenfreundes zu verunglimpfen und Herrn v. Friesen, der in der schweren Zeit von 1866 seinem Könige und Vaterlande die aufopferndsten, werthvollsten Dienste leistete und dabei tief-persönliche Demüthigungen geduldig ertrug, als „den kleinen Krakehler" anzuulken. Der Minister Graf Eulenburg verurtheilte das unter der Maske des Gouvernementalismus auftretende journalistische Unwesen in den stärksten Ausdrücken. — Lebhaften Tadel fand ferner das gesetzwidrige Verfahren schlesischer Bergwerksbesitzer, die Bergleute nicht in baarem Gelde, sondern in Lebensmittelmarken auszuzahlen. Durch solche Maßregeln treibt man den Bergmann fast geflissentlich der Sozialdemokratie in die Arme; denn wo soll bei den Arbeitern der Sinn für Gesetzlichkeit herkommen, wenn sie es zu ihrem eigenen Schaden erleben, daß die Arbeitgeber zu ihrem Vortheil die Gesetze brechen?

Nachdem die französische Kammer die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes beschlossen hat, beräth sie jetzt das weitere Gesetz, den Unterricht obligatorisch zu machen und die Volksschule aus der Bevormundung der Geistlichkeit zu befreien. Der Schulzwang kann uns Deutsche nur anmuthen; gefährlicher dünkt uns das Experiment, den Religionsunterricht aus dem Unterrichtsprogramm völlig zu streichen. In der Praxis wird sich das freilich nicht so schlimm machen, wie auf dem Papiere. Die Eltern und Gemeinden werden schon Sorge treffen, daß die Jugend nicht ohne die Gesittung, welche der Religionsunterricht in die Herzen der Kinder pflanzt, aufwächst. Es ist andererseits auch zu beachten, daß sich in Frankreich bei der Erziehung durch Geistliche uns Protestanten unbekannte schwere Uebelstände eingeschlichen haben. In den Seminaren, die fast Klöster sind, wird mehr Werth auf geistliche als pädagogische Uebungen gelegt und das neuntägige Gebet an den heiligen Franz Xaver und der damit verbundene Ablaß als die beste Vorbereitung zu den Seminaristenprüfungen behandelt; die Schulkinder werden angewiesen, „in dem Herrn Pfarrer nur immer den Vertreter des Heilands zu erblicken". Der Rückschlag gegen solche Erziehungsgrundsätze muß um so heftiger ausfallen. Aber die Umwandlung der Volksschule in völlig konfessionslose, wozu sich Frankreich anschickt, kann die schwersten Gefahren im Schooße tragen.

Die Botschaft des Präsidenten Hayes an den Kongreß der Vereinigten Staaten wird in der nordamerikanischen Republik mit hellem Jubel aufgenommen werden. Die glücklichen Finanzen derselben können in Europa nur Neid erwecken. Die Ankündigung, daß an der Verbesserung des Staatsdienstes weiter gearbeitet werden soll, darf auf die Unterstützung aller Ehrenmänner zählen. Denn die Corruption der Beamtenschaft war in Nordamerika so groß, daß sie eine ernste Gefahr für das Bestehen der Republik selbst bildete. Unter keinem Präsidenten hatte sie aber so geblüht, wie unter Grant. Dieser Mann strebte bekanntlich darnach, zum dritten Male Präsident zu werden, um den Aemterschacher ins Großartigste zu entwickeln. Seine Kandidatur scheiterte allerdings. Um so beklagenswerther ist es, daß der ehrliche Hayes verlangt, daß Grant eine der Republik bisher fremde Würde erhalte. Grant soll Generalkapitän, also etwa Feldmarschall werden. Wäre es blos damit abgethan, ihm ein Jahreseinkommen von 15—20,000 Dollars zu verschaffen, so würde Jedermann dem Sieger von Richmond und Pittsburg dies wohl gönnen; die Gefahr aber liegt nahe, daß Grant diese neue Militärcharge verwerthet, um seine hochfliegenden ehrgeizigen Pläne zu fördern. Er trachtet nach der Gründung eines Kaiserthums Nordamerika und nach vier Jahren, bei den nächsten Präsidentenwahlen, kann es kommen, daß der Generalkapitän Grant als erblicher Kaiser Grant I. an das Weiße Haus klopft.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 8. Decbr.

Berlin. Wie verlautet, ist eine zehnprocentige Erhöhung der Einfuhrzölle bevorstehend.

Berlin. Der Redakteur der „Volksztg." Dr. A. Phillips ist wegen Beleidigung des Königs von Bayern und der bayerischen Armee zu 1 Monat Festungshaft verurtheilt worden. Graf Hatzfeld verläßt Konstantinopel erst am 10. dss. — Der russische Botschafter Saburoff begab sich nach Friedrichsruh.

Petersburg. Der „Golos" will wissen, daß Fürst Bismarck mit Saint Vallier ein Uebereinkommen getroffen habe, Griechenland anstatt Janina die Insel Kreta als Ersatz anzubieten.

Dortmund. Heute Morgen kam in der hiesigen Kronenbrauerei ein größeres Schadenfeuer zum Ausbruch, durch welches die ganze Mälzerei mit sehr großen Vorräthen in Asche gelegt worden ist. Der Schaden wird auf etwa 500,000 M. geschätzt.

Agram. Heute Nacht fanden ziemlich heftige wellenförmige, 2 Sekunden dauernde Erschütterungen mit dumpfem Rollen statt.

Konstantinopel. Die Pforte stellte den Notentext der griechischen Frage fest und beharrt auf dem Ausschluß von Larissa, Metzowo, Janina und Tschamurli von dem abzutretenden Territorium; sie verlangt den Beistand der Mächte gegen die Rüstungen Griechenlands, welche die Pforte zu gleichem Vorgehen zwingen.

Berliner Börse. Heute ist von einer sehr flauen Börse zu berichten, insbesondere herrschte große Geschäftsstille. Immerhin geht das allgemeine Bestreben à la hausse, was ganz besonders daraus hervorgeht, daß die Course zu wenig von ihrem bisherigen Stande abgaben. Die heute effektuirten Umsätze beschränkten sich in der Hauptsache auf die leitenden Papiere Creditactien (+ 1½ M.), Franzosen (+ 1 M.) und Lombarden (+ 1½ M.), ferner auf Banken, die sehr günstig lagen und ihre Course erhöhten, wie z. B. Deutsche, Disconto u. Darmstädter, und endlich Elbethal- (+ 2 M.) u. Nordwestbahn (+ 1 M.), welche in ihrer forcirten Steigerung beharren. Sonstige Veränderungen sind mit Rücksicht auf die zu Tage getretene Apathie nicht bemerkenswerth. Wechsel, außer Auszahlung London, angeboten. Privatdiscont unverändert. Sächsische Industrie fast durchgängig etwas niedriger.

Lokales und Sächsisches.

— Am Montag hat Se. Majestät der König den ersten Stammhalter seines Flügeladjutanten, Oberstleutnant v. Minckwitz, aus der Taufe gehoben, bei welcher feierlichen Handlung noch Se. Exc. der königl. Gesandte am Bayrischen Hofe, Baron von Fabrice, u. A. als Taufzeuge fungirte. Bei dem ersten Kinde der glücklichen Eltern, einem Töchterchen, hatte es sich unsere allverehrte Königin vorbehalten, Taufpathin zu sein. Inzwischen ist auch die Ehe des zweiten königl. Flügeladjutanten, Majors von Ehrenstein, durch die Geburt eines Töchterchens gesegnet worden.

— Se. Maj. der König und Se. K. H. Prinz Georg treffen morgen (Freitag) Abends 6 Uhr 20 Min. auf der Anhaltischen Bahn in Berlin ein und nehmen dort im königlichen Schlosse Wohnung. Am Sonnabend werden dieselben an der Hofjagd im Grunewald theilnehmen, nach Beendigung derselben nach Berlin zurückkehren, Nachmittags 5 Uhr im kaiserl. Palais mit dem Kaiserpaar diniren und am Abend nach Dresden wieder zurückkehren. Auf speziellen Wunsch der hohen Gäste wird bei Ankunft derselben in Berlin jeder offizielle Empfang unterbleiben. An der Hofjagd im Grunewald nimmt auch der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin theil. Ob der Kaiser theilnehmen wird, darüber ist bis jetzt noch keine Bestimmung getroffen. Glücklicherweise ist der neulich eingetretene Erkältungszustand vollständig wieder beseitigt und erfreut sich der Kaiser gegenwärtig eines besonders trefflichen Wohlbefindens.

— Se. Maj. der König besuchte gestern die Magazine der Herren Hoflieferant Robert Hoffmann (Louis Herrmann Nachf. vis-à-vis dem Victoria-Hotel) und Bernh. Schäfer (Pragerstraße 49) um reiche Einkäufe zu machen.

— Der k. k. Zoll- und Steuerdirektor a. D. Wahl in Dresden erhielt den preuß. Kronenorden 2. Klasse.

— Der durch Todesfall erledigte Posten eines Oberstallmeisters bleibt einstweilen noch unbesetzt, hingegen steht, wie man uns mittheilt, die Ernennung des königlichen Adjutanten von Ehrenstein zum Vice-Oberstallmeister in aller Kürze bevor. Dieser noch sehr junge Offizier versah bisher schon die Geschäfte jenes Beamten interimistisch; seine Beförderung sofort zum Oberstallmeister wäre nur mit Ueberspringung mehrerer Hofrangordnungsklassen zu bewirken gewesen. Das Amt eines Obermundschenks, bisher von Herrn Kammerherrn von Mießich verwaltet, dürfte in Zukunft aus der Zahl der besoldeten Hofhaltungsämter ausscheiden und, wie auch anderwärts üblich, nur als Ehrenamt verliehen werden.

— Die durch das Gesetz vom 6. März d. J. festgestellte Vermehrung der Präsenzstärke des Heeres beträgt für Sachsen 3398, für Preußen und die unter preußischer Verwaltung stehenden Contingente 19,206 und für Würtemberg 1031 Mann.

— Die Notiz der „Post" in Berlin, daß Fürst Bismarck dem vielberufenen Artikel der „Grenzboten" über die Haltung Sachsens im Jahre 1870 absolut fernstehe, bestätigt sich durchaus. Es war von Haus aus nicht anzunehmen, daß Fürst Bismarck die Verleumdung des Königs Johann und die Schmähung seines Ministers von Friesen vor ihrer Veröffentlichung auch nur gekannt habe. Wir hören jedoch, daß Fürst Bismarck hierüber so aufgebracht gewesen ist, daß er sofort alle Verbindungen mit dem Redakteur der „Grenzboten", Dr. Busch, abbrach, so daß dieser aus den „Grenzboten" scheiden mußte. Der Grund zu den nichtswürdigen Angriffen der „Grenzboten" auf Sachsens König und Minister ist einzig darin zu suchen, daß Herr v. Friesen in seinen „Erinnerungen" (Dresden, Verlag von Bänsch) über das 1866er Treiben der Annexionspartei in Sachsen, die Nationalliberalen, Dr. Biedermann, Dr. Joseph, die inzwischen eingegangene „Constitutionelle Zeitung" in Dresden u. s. w. höchst interessante Enthüllungen veröffentlicht hat. Herr v. Friesen behauptet und wohl mit gutem Grunde, daß, wenn während der Friedensunterhandlungen von 1866 nicht jene Partei für die völlige Annexion Sachsens in Preußen à la Hannover agitirt hätte, es möglich gewesen wäre, weit günstigere Friedensbedingungen von Preußen zu erlangen. Namentlich würde sich Preußen mit einer geringeren Kriegsentschädigung als 10 Millionen Thaler begnügt haben. Das sächsische Volk weiß es jetzt aktenkundig, wem es die hohen Kriegskosten verdankt.

— Dem Hofgärtner Wilhelm Poscharsky (Garten Sr. Kgl. H. Prinz Georg) ward am 1. Dezember das Glück zu Theil, sein 25jähriges Amtsjubiläum zu erleben. Ausgezeichnet durch Verleihung des Albrechtsordens von Sr. Maj. dem König, beglückwünscht von seinem hohen Chef, dem Herrn Hofmarschall v. Gutschmidt, sowie auch von Herrn Hofmarschall v. Tschirschky, durch Erscheinen verschiedener Deputationen, gärtnerischer und nahestehender Gesellschaften; Gratulationen aus nah und fern gaben beredtes Zeugniß, erhöht durch Uebergabe sinnreicher Geschenke, von der festlichen Bedeutung dieses Tages und der größten Hochachtung und Freundschaft, welche der Jubilar allerseits genießt. Sichtlich erregt nahm derselbe diese Kundgebungen mit unverkennbarer Freude entgegen.

— Der verewigte Pastor von der Annenkirche, Herr Gustav Böttger, hat der Sächsischen Stiftung ein Legat von 900 Mk. vermacht. Aus dieser sehr in Anspruch genommenen Stiftung werden Kranken Unterstützungen zum Gebrauche sächsischer oder böhmischer Heilquellen gewährt. Das Beispiel des edlen Seelsorgers verdiente Nachahmung.

— Die Einrichtung der Witterungsdepeschen, wie sie in Sachsen durch den Director der Leipziger Sternwarte, Prof. Dr. Bruns, seit Jahresfrist in Uebung ist, fand am Montage im preußischen Abgeordnetenhause eine sehr warme Anerkennung. Der Abg. v. Webell rühmte es, daß in keinem deutschen Lande so wie im Königreich Sachsen so ausgezeichnete und ausgedehnte Vorkehrungen getroffen sind, um das ganze Land täglich mit Witterungsdepeschen zu versehen. Er stellte dieses Verfahren als mustergiltig für Preußen hin. Leider fehlt es dort jetzt an Geld für solche Kulturzwecke.

— In den Ausschüssen des Bundesrathes, wie sie für die Session 1880/81 gebildet sind, ist Sachsen wie folgt vertreten: Im Ausschuß für Landheer und Festungen durch Oberstlieutenant Edler v. d. Planitz; im Ausschuß für Seewesen durch denselben; im Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen durch Finanzminister Freiherrn v. Könneritz, im Behinderungsfalle durch den Gesandten wirkl. Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz bez. durch Geh. Finanzrath Golz; im Ausschuß für Handel und Verkehr durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz; im Behinderungsfalle durch Geh.-Rath Held bez. durch Geh. Legationsrath v. Watzdorf; im Ausschuß für Eisenbahnen, Post und Telegraphen durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch Geh. Finanzrath Hoffmann bez. durch Geh. Legationsrath v. Watzdorf; im Ausschuß für Justizwesen durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch Geh.-Rath Held bez. durch Geh. Justizrath Anton; im Ausschuß für Rechnungswesen durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch Geh. Legationsrath v. Watzdorf bez. durch Geh. Finanzrath Golz; im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten durch den Minister des Innern v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz; im Ausschuß für Elsaß-Lothringen durch den Gesandten Geh.-Rath v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch Geh.-Rath Held; im Ausschuß für die Verfassung durch den Minister des Innern v. Nostitz-Wallwitz, im Behinderungsfalle durch den [illegible]